



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Literatur zum Schweizerischen Föderalismus (2014)

Analyse im Auftrag der *ch* Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit

Januar 2015

KLARA GROSSENBACHER
(MLaw)

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Av. Beauregard 1
CH-1700 Freiburg

Tel. +41 (0) 26 300 81 25

www.federalism.ch



UNIVERSITÉ DE FRIBOURG FACULTÉ DE DROIT
UNIVERSITÄT FREIBURG RECHTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

I. Ausgangslage und Vorbemerkungen

Der vorliegende Bericht fasst die wichtigsten Publikationen zum Schweizerischen Föderalismus, die im Jahr 2014 erschienen sind, zusammen. In die Analyse einbezogen wurden Monographien, Sammelbände und Periodika sowie Aufsätze in Fachzeitschriften und Beiträge in ausgewählten Printmedien, welche sich vertiefter mit den verschiedenen Facetten des Föderalismus auseinandersetzen. Zusätzlich wurden Forschende aus den verschiedensten Disziplinen zu ihren aktuellen Projekten und Publikationen befragt.

Die folgende Analyse lotet in einer Würdigung zunächst einige Schwerpunkte der Föderalismusforschung für das Jahr 2014 aus und hebt einzelne Forschungsnoven hervor (II.), bevor – geordnet nach einzelnen thematischen Bereichen – die wichtigsten Fragestellungen, Forschungsthemen und Ergebnisse skizziert werden (III.). Eine Übersicht über die wichtigsten Publikationen findet sich im letzten Teil des vorliegenden Berichts (IV).

II. Würdigung

Die im Jahr 2014 erschienenen Beiträge und Abhandlungen zum Schweizerischen Föderalismus zeichnen sich durch eine ausgesprochene Breite der Themenfelder aus. Immerhin lassen sich gewisse Schwerpunkte ausmachen und Forschungsnoven hervorheben:

- Die Reformdiskussion ist, wie schon in früheren Jahren, ein Dauerbrenner. Im Zentrum dieser Diskussion stehen Gebietsreformen und Anpassungen der politischen Strukturen an die neuen (funktionellen) Lebensräume, die Reorganisation der Aufgabenteilung, die Stärkung der Kantonsparlamente oder die verstärkte Berücksichtigung nicht territorialer Minderheiten.
- Eine grosse Zahl der Beiträge befasst sich mit der Mehrsprachigkeit der Schweiz und dem Fremdsprachenunterricht an Schweizer (Grund)Schulen. Offenbar haben die politischen Widerstände einzelner Deutschschweizer Kantone gegen die interkantonalen Vorgaben in diesem Bereich und die drohende Intervention des Bundes Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen zur Feder greifen lassen. Die politischen Tendenzen zu Alleingängen in den einzelnen Kantonen werden dabei mehrheitlich kritisch betrachtet.
- Zwei Untersuchungsergebnisse fallen besonders auf. Zum einen kommen MARIUS BRÜLHART und RAPHAEL PARCHET (siehe hinten III. G.) zum Schluss, dass tiefe Steuersätze nicht zwingend zu mehr Mobilität führen und zum anderen gelangt die Studie von RUDOLF MUGGLI (siehe hinten III. D. 2.) zum überraschenden Ergebnis, dass es keine verlässlichen Hinweise darauf gibt, dass die schweizerische Raumplanung mit weniger Föderalismus und Demokratie bessere Resultate erzielen würde.

III. Einzelne Themenbereiche

A. Zum Schweizerischen Föderalismus im Allgemeinen

1. Grundlagen

Als Beitrag zu den rechtlichen Grundlagen erscheint 2014 die dritte, von BERNHARD EHRENZELLER et al. herausgegebene Auflage des St. Galler Kommentars zur Schweizerischen Bundesverfassung. Als Nachschlagewerk und Abbild der Forschung im Bereich der Politikwissenschaft sticht das Handbuch der Schweizerischen Politik/Manuel de la politique suisse (PETER KNOEPFEL et al. [Hrsg.]) hervor, ebenso wie die allgemeine Einführung in das politische System der Schweiz von ADRIAN VATTER (VATTER, Politisches System).

2. Herausforderungen und Reformbedarf

Schwergewichtig werden im Erhebungsjahr Herausforderungen für den Schweizerischen Föderalismus und der entsprechende Bedarf an Reformen diskutiert. Als zentrales Thema wird dabei der Bedeutungszuwachs neuer Lebensräume wie Agglomerationen und urbane Regionen angeführt und darauf hingewiesen, dass diese aufgrund fehlender institutioneller Verankerung durch die Maschen des föderativen Minderheitenschutzes fallen. In diesem Zusammenhang wird auch mehrfach auf nichtterritoriale Minderheiten hingewiesen, deren Bedeutung ebenfalls nicht mit den bestehenden Strukturen abgebildet wird (VATTER, NZZ; ders., Politisches System; VATTER, in: PETER KNOEPFEL et al. [Hrsg.], Handbuch der Schweizer Politik, S. 119 ff.). Zudem werden unter anderem die unterschiedliche demografische Entwicklung in den Kantonen und die daraus resultierende überproportionale Gewichtung ruraler und bevölkerungsschwacher Kantone bzw. die Möglichkeit einer kleinen Sperrminorität im Rahmen des Ständemehrs thematisiert (VATTER, NZZ; ders., Politisches System; VATTER, in: PETER KNOEPFEL et al. [Hrsg.], Handbuch der Schweizer Politik, S. 119 ff.). Weiter wird beim Vollzug des Bundesrechts hinsichtlich der Unterschiede der kantonalen Ressourcen ein Problemfeld geortet (VATTER, in: PETER KNOEPFEL et al. [Hrsg.], Handbuch der Schweizer Politik, S. 119 ff.). Aktuell präsentiert sich schliesslich einmal mehr die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen als Bereich mit Bedarf an Reorganisation (VATTER, NZZ; ders., Politisches System; VATTER, in: PETER KNOEPFEL et al. [Hrsg.], Handbuch der Schweizer Politik, S. 119 ff.). Schliesslich macht sich PAUL SCHNEEBERGER (SCHNEEBERGER, Grundidee) dafür stark, dass Kantone wieder zu Staatswesen werden, die möglichst viele Aufgaben ihren Bedürfnissen entsprechend autonom wahrnehmen und sich von gegenseitigen Verflechtungen und Finanzflüssen befreien können.

Die Serie „Föderalismus in Bewegung“ der Neuen Zürcher Zeitung greift gegen Jahresende in verschiedenen Beiträgen grundlegende und aktuelle Fragen zum Zustand des Schweizerischen Föderalismus auf:

- So steht unter anderem die **Tendenz zur schleichenden Zentralisierung** in verschiedenen Bereichen und aus verschiedenen Perspektiven im Fokus der Beobachtung. CLAUDIA SCHOCH befasst sich dabei mit der diesbezüglichen Tendenz im Gesundheitswesen, namentlich mit der Kompetenz des Bundes zum Erlass von Vorschriften zur Kranken- und Unfallversicherung als Einfallstor für weitreichende Einflussnahme auf das Gesundheitswesen als ursprüngliche Domäne der Kantone. CHRISTOPH SCHALTEGGER und MARC WINISTÖRFER (SCHALTEG-

GER/WINISTÖRFER, NZZ) beleuchten in ihrem Beitrag die Zentralisierungstendenz aus ökonomischer Sicht und mit Blick auf die zunehmenden Verbundaufgaben bzw. -finanzierungen und sehen in der Stärkung direktdemokratischer Instrumente eine mögliche Gegenmassnahme zur Zentralisierungstendenz (siehe dazu auch den Beitrag derselben hinten III.D.1.). Auch PAUL SCHNEEBERGER (zit. SCHNEEBERGER, Hohlform) sieht unter anderem in der finanziellen Beteiligung des Bundes bei vertikalen Verflechtungen zwischen Bund und Kantonen einen zentralen Anreiz zur Aufgabe von Selbstverantwortung durch die Kantone. PETER HÄNNI hält in diesem Zusammenhang fest, dass – obwohl teilweise ökonomisch motivierte Argumente beliebt gemacht werden – Zentralismus nicht das Gebot der Stunde sei. MARC TRIBELHORN befasst sich sodann mit der befürchteten Zentralisierung im Bereich der Kulturpolitik im Zusammenhang mit der neuen Kulturbotschaft (siehe hinten III.D. 2.). MARTIN SENTI sieht in der horizontalen Kooperation und insbesondere in der Konferenz der Kantonsregierungen eine zentrale Anlaufstelle für den Bund und somit entgegen der damit beabsichtigten Verhinderung der Zentralisierung eine Annäherung von Bund und Kantonen. Schliesslich stuft PETER GRÜNENFELDER manche Forderung nach einheitlicher nationaler Regelung als Reaktion auf öffentliche Skandale ein und sieht durch die „Gleichmacherei“ die dem Schweizerischen Föderalismus innewohnende Wettbewerbswirkung und Innovationskraft tangiert.

- Kritisch gewürdigt wird im Rahmen der Themenreihe ausserdem das Thema der **territorialen Binnengliederung bzw. der Kantons Grenzen**. Dabei macht sich DANIEL BOCHSLER für eine derzeit gemäss eigenen Angaben utopische, grosse Territorialreform stark, da er die Kantone zur Leistungserbringung als zu klein einstuft, politische Divergenzen in Grossregionen besser aufgehoben wären und die Identifikation der Bevölkerung mit der Kantonspolitik schwindet (siehe hinten III. B.). Auch CHRISTOPHE BÜCHI weist darauf hin, dass Kantonsfusionen seit der Gründung des Bundesstaates immer wieder diskutiert werden, aber – wie diverse Beispiele zeigen – politisch nicht machbar sind. Vor diesem Hintergrund ist auf die von PIERRE MAUDET präsentierte Idee eines Föderalismus mit wechselnder Geometrie – d.h. flexiblen Kooperationsstrukturen der Kantone je nach Themenbereich – hinzuweisen.
- Eingegangen wird schliesslich auch auf den Aspekt des **Vertragsföderalismus bzw. der Konkordate**. BEAT VONLANTHEN greift unter anderem und anhand des Energiebereichs den viel diskutierte Punkt der Rolle der Kantonsparlamente im Genehmigungsprozess neuer Konkordate heraus. Er bemängelt dabei die fehlende inhaltliche Gestaltungsmöglichkeit durch die Kantonsparlamente und begründet so deren ablehnende Haltung im Hinblick auf den Abschluss neuer Konkordate.

Ebenfalls Ende Jahr erscheint in Kooperation mit Avenir Suisse eine Ausgabe der Zeitschrift „Schweizer Monat“ zum Thema „Gelebter Föderalismus“, welche sich in mehreren Beiträgen mit der Frage beschäftigt, was Kantone voneinander lernen können und sollten. Dabei sind insbesondere die vergleichende Darstellung der ökonomischen und zivilen Freiheiten in den Kantonen (MARION HÄMMERLI und SAMUEL RUTZ) und das Plädoyer von DIETER FREIBURGHaus für echte kantonale Souveränität und Mut zur Vielfalt hervorzuheben.

3. Weitere Studien zum Föderalismus im Allgemeinen

FABIO CAPPELLETTI und BASILE DACOROGNA befassen sich mit dem föderalen Aufbau der schweizerischen Parteienorganisation und untersuchen Divergenzen in den Parolen der kantonalen Parteisektionen und ihrer nationalen Mutterpartei. Die Grundmodelle der Demokratie und ihre Eignung für die verschiedenen Staatsebenen stehen im Zentrum der Abhandlung von CHARLES B. BLANKART und DENNIS C. MUELLER. ELISABETH HAAS untersucht im Rahmen des Projektes zur politischen Ikonographie des Föderalismus in der Schweiz und in Deutschland im langen 19. Jahrhundert die politische Ikonographie des Föderalismus anhand von bildhaften Darstellungen und Schriften. Ferner beschäftigen sich MARK SCHELKER und LUKAS SCHMID in ihrem Projekt mit kantonalen Wahlen und der politischen Selektion. Ein weiteres Projekt von MARK SCHELKER, CHRISTINE BENESCH und LUKAS SCHMID befasst sich zudem mit dem Einfluss von online abrufbaren Informationen auf die kantonalen Wahlergebnisse. Ebenfalls mit kantonalen Wahlen, genauer den Exekutivwahlen, beschäftigt sich THOMAS MILIC und untersucht dabei die Frage eines Amtsinhaberbonus.

B. Territoriale Struktur

ANDREAS GLASER (GLASER, Sezession) setzt sich anlässlich der Sezessionsbestrebungen im europäischen Umfeld mit einer möglichen Modellwirkung des im Rahmen der Sezession des Kantons Jura entwickelten Verfahrens auseinander. Ebenfalls mit dem Prozess der Gründung des Kantons Jura und insbesondere mit der kürzlich abgelehnten Wiedervereinigung des Berner Juras mit dem Kanton Jura beschäftigen sich aus staatsrechtlicher Sicht PETER HÄNNI und TAMARA ISELI.

In diesem Kontext nochmals zu erwähnen ist die Analyse der heutigen territorialen Binnengliederung und der Vorschlag einer Territorialreform im Sinne der Bildung von Grossregionen von DANIEL BOCHSLER (siehe vorne III. A. 2.).

THOMAS BURRI präsentiert in seinem Beitrag das Konstrukt eines sog. Romanenstaates als Massnahme gegen die Zeichen des Zerfalls der Rumantschia und zur Lösung der Rätoromanenfrage. Dieses Gebilde sieht der Autor als 27. Kanton vor, jedoch ohne eigenes Territorium und nach dem Personalitätsprinzip zusammengesetzt, d.h. aus allen rätoromanisch sprechenden Personen, unabhängig von deren Wohnort innerhalb der Schweiz. Im Sinne einer Replik äussert sich ANDREAS AUER zum Romanenstaat und bezeichnet diesen als ohnmächtiges Gebilde, welches keine der klassischen Staatstätigkeiten ausüben kann und zahlreiche verfassungsrechtliche Fragen aufwirft.

Mit der Frage nach dem Einfluss der Bevölkerungszahl auf die Qualität der Demokratie der entsprechenden Gebietskörperschaft befassen sich BAS DENTERS et al. Dabei kommt die Autorenschaft zum Ergebnis, dass eine hohe Populationszahl insgesamt einen leicht negativen Effekt auf die Qualität der lokalen Demokratie hat bzw. insbesondere gewisse Aspekte beeinflusst, namentlich u.a. die politische Kompetenz der Bevölkerung und die Zufriedenheit mit der lokalen Regierung.

Zu nennen ist ausserdem das Forschungsprojekt von DANIEL KÜBLER und FRANK MARCINKOWSKI, welches sich mit der zunehmenden Abweichung der institutionellen Ebenen und der tatsächlichen Lebensräume befasst und dabei der Frage nachgeht, wie die lokalen Stimmberechtigten mit diesen komplexen Strukturen umgehen.

C. Multikulturalität und Minderheitenschutz

NICOLAS SCHMITT (SCHMITT, Pluralisme) befasst sich in seiner Studie mit der Frage der Mehrsprachigkeit innerhalb eines Staatsgebiets anhand des Beispiels der Schweiz und merkt an, dass – obwohl die rechtliche Rahmenordnung die Mehrsprachigkeit unterstützt und fördert – die tatsächliche Gegebenheit sich eher im Sinne geschlossener Sprachgruppen präsentiert. Um zu verhindern, dass Sprachgrenzen immer mehr zu Reibungspunkten werden, fordert der Autor deshalb unermüdlichen politischen Einsatz zur Förderung der Mehrsprachigkeit.

Im Hinblick auf die nationale Stabilität und Kohäsion betont auch BERNHARD ALTERMATT (ALTERMATT, Kohäsion) die Bedeutung gemischt mehrsprachiger Regionen im Gegensatz zur strikten räumlichen Trennung der Sprachgruppen. In weiteren Publikationen beschäftigt sich BERNHARD ALTERMATT sodann mit den Themen des Fremdsprachenunterrichts und der Unterrichtssprache (ALTERMATT, Organisationsmodelle und ALTERMATT, Sprachenpolitik).

Aufgrund politischer Tendenzen wirft im Erhebungsjahr insbesondere der Fremdsprachenunterricht in der Grundschule rechtliche Fragen auf. Die Kompetenz des Bundes zur Regelung des Fremdsprachenerwerbs in der Primarschule – im Sinne der Sicherstellung des primären Erwerbs einer zweiten Landessprache – steht dabei im Fokus und wird kontrovers diskutiert. In Anbetracht der geltenden verfassungsmässigen Zuständigkeitsordnung steht BERNHARD WALDMANN einer Regelung des Fremdsprachenunterrichts in der Primarschule auf Stufe eines Bundesgesetzes kritisch gegenüber, eine entsprechende Bundesregelung bedürfte seiner Ansicht nach einer Verfassungsänderung. Im Zusammenhang mit der rechtlichen Beurteilung der Fremdspracheninitiative im Kanton Graubünden gelangen hingegen BERNHARD EHRENZELLER (EHRENZELLER, Gutachten) und ADRIANO PREVITALI zum Schluss, dass durch das von den Initianten vorgeschlagene Abweichen vom HarmoS-Kompromiss – je nach Region nur Deutsch- oder Englischunterricht in den Primarschulen des Kantons Graubünden – die in Art. 62 Abs. 4 der Bundesverfassung festgehaltene Harmonisierungspflicht der Kantone verletzt wird, und sprechen sich damit implizit für die Zulässigkeit einer bundesgesetzlichen Regelung in diesem Bereich aus. Ähnlich äussert sich auch NENAD STOJANOVIC, welcher eine Bundesregelung in diesem Bereich auf dem Weg einer Revision des Sprachengesetzes als möglich erachtet und im Falle einer allfälligen Referendumsabstimmung von einem Bekenntnis zu den Landessprachen ausgeht.

Mit dem Thema religiöser Minderheiten und insbesondere der öffentlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Anerkennung der stetig zunehmenden muslimischen Glaubensgemeinschaft in der Schweiz durch die Kantone befasst sich QUIRIN WEBER; er spricht sich im Lichte der Tradition zur Achtung und zum Schutz religiöser Minderheiten grundsätzlich für die Anerkennung islamischer Religionsgemeinschaften aus.

Hinzuweisen ist zudem auf die unter dem Titel „Aktuelle Probleme der autochthonen Völker und nationalen Minderheiten“ veröffentlichten Beiträge von RENATA CORAY und ROMEDI ARQUINT, welche sich der Sprachplanung in Romanischbünden bzw. der Darstellung der Organisationsform und kulturellen Autonomie der autochthonen Sprachgemeinschaften und Volksgruppen in Europa am Fallbeispiel der Rätoromanen widmen.

D. Aufgaben- und Kompetenzverteilung

1. Im Allgemeinen

Mit dem der Aufgaben- und Kompetenzverteilung zugrundeliegenden Prinzip der Subsidiarität befassen sich CHRISTOPH SCHALTEGGER und MARC WINISTÖRFER (SCHALTEGGER/WINISTÖRFER, Subsidiarität). Die Autoren beleuchten dabei insbesondere den Aspekt der schleichenden Zentralisierung durch Verbundaufgaben und -finanzierung und diskutieren verschiedene institutionelle Vorkehrungen zur Sicherung des Prinzips, namentlich die rechtliche Aufwertung des Subsidiaritätsprinzips, einen spezifischen Föderalismusvorbehalt und insbesondere das Referendumsrecht als Bremse der Zentralisierung.

Ein Gutachten der BUNDESKANZLEI nimmt im Bereich der kantonalen Organisationskompetenz Stellung zur Frage des Wahlrechts von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern im Hinblick auf die jeweilige Ständevertretung im Bundesparlament.

2. Einzelne Sachbereiche

Im **Bildungsbereich** beschäftigt sich BERNHARD EHRENZELLER (EHRENZELLER, Bildungsföderalismus) im Sinne eines Vergleichs mit den verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten der jeweiligen bundesstaatlichen Ebenen in der Schweiz und in Deutschland. Dabei kommt er zum Schluss, dass – im Gegensatz zur allgemeinen Tendenz der zunehmenden Kompetenzverlagerung auf die Bundesebene – die Zuständigkeiten im Bereich der Bildung in beiden Ländern atypisch im Sinne eines umgekehrten Mitwirkungsföderalismus ausgestaltet sind und somit die Bildungshoheit auf der Ebene der Kantone bzw. Länder verbleibt. ASTRID EPINEY und MARKUS KERN thematisieren vor dem Hintergrund der im Jahr 2006 von Volk und Ständen angenommenen Bildungsverfassung die Zulassung privater und ausländischer Bildungsinstitutionen sowie den Raum für kantonale Regelungen im Hinblick auf die Anerkennung von solchen Institutionen. Dabei halten sie fest, dass sowohl ausländische als auch private Institutionen unter die neue Hochschulrechtsordnung fallen und dementsprechend den geltenden Akkreditierungsregelungen unterliegen. Bezüglich des Regelungsspielraums der Kantone zur Anerkennung von Institutionen hingegen gilt es zu differenzieren: Bezüglich all derjenigen Institutionen, die unter die Akkreditierungspflicht fallen, verbleibt den Kantonen zum Schutz einheitlicher Standards kein Raum für eigene Regelungen. Für diejenigen Institutionen jedoch, die nicht von dem mit der Akkreditierung verbundenen Bezeichnungsrecht profitieren, steht es den Kantonen grundsätzlich frei, eine Zulassungspflicht vorzusehen.

Zum Thema **Polizeiwesen und Zoll** sticht insbesondere der Beitrag von RONNY FISCHER und JÜRGEN M. TIEFENTHAL (FISCHER/TIEFENTHAL, Grenzraum) hervor, welcher sich mit demjenigen Aspekt der laufenden Teilrevision des Zollgesetzes befasst, der die vertragliche Rückübertragung kantonalen Kompetenzen an den Bund – namentlich die Überbindung von Kompetenzen der Grenzkantone an die Eidgenössische Zollverwaltung bzw. das Grenzwachtkorps – vorsieht. Aus Sicht der Autoren ist dieses Vorgehen verfassungsrechtlich heikel und droht die verfassungsrechtliche Zuständigkeitsordnung zu unterlaufen.

Im Bereich der **Raumplanung** widerlegt RUDOLF MUGGLI im Rahmen einer Untersuchung zu den strukturellen Ursachen der Zersiedelung die gemeinhin vertretene Vermutung, dass direktdemokratische Verfahren und das föderale System direkte Verursacher der Zersiedelung sein könnten. Der Autor betont sogar, dass sich im Gegenteil gerade diese Charakteristika der Schweiz positiv auf die Qualität

der Raumplanung auswirken. So kommt die Analyse denn auch zum Schluss, dass – um die Zersiedelung zu bremsen – nicht zwingend ein Tätigwerden des Bundes notwendig ist, sondern gerade die lokale Einflussnahme der potentiell direkt betroffenen Bevölkerung der zersiedlerischen Tendenz Einhalt gebieten kann. In die gleiche Richtung gehen auch die Thesen von ANDREAS AUER et al. Dagegen betont RAPHAËL MAHAÏM die aus seiner Sicht zur Bekämpfung der Zersiedelung geeigneten, mit der Revision des Raumplanungsgesetzes eingeführten Instrumente des Bundes zur quantitativen Beschränkung des Baulandes sowie die Bedeutung einer überregionalen Raumplanung. Mit flankierenden fiskalischen Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Einbussen im Zusammenhang mit der Umsetzung der raumplanerisch motivierten Zweitwohnungsinitiative befasst sich derweil FABIAN MÖSCHING. Gemäss seiner Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen besteht für die Kantone bzw. nach Massgabe des kantonalen Rechts auch für die Gemeinden Raum zur Erhebung von öffentlichen Abgaben, welche die erwähnte Abfederung wirtschaftlicher Einbussen sowie eine Steuerungsfunktion im Bereich der Nachfrage nach Zweitwohnungen übernehmen sollen.

Der Einfluss des föderalistisch organisierten Staatsaufbaus – die kantonalen Kompetenzen, die Zuständigkeit des Bundes und die interkantonale Zusammenarbeit – steht unter anderem auch im Fokus des Beitrags von STÉPHANE ROSSINI zur Spitalplanung in der lateinischen Schweiz. Zum **Gesundheitswesen** äussern sich weiter LUCA CRIVELLI und PAOLA SALARI (CRIVELLI/SALARI, Impact of Federalism). Sie untersuchen das schweizerische Gesundheitssystem mit seiner föderalen Struktur im Hinblick auf die Gleichwertigkeit der Leistungserbringung bzw. die gleiche Zugangsmöglichkeit von Patienten und Patientinnen zu medizinischer Versorgung sowie auf seine Effizienz. Gerade im Bereich der Effizienz weist die Autorenschaft in Anbetracht der stark dezentralisierten Organisation der Gesundheitsversorgung auf eine Optimierungsoption im Zusammenhang mit möglichen Skaleneffekten hin und vertritt so grundsätzlich die Ansicht, dass trotz der langen Tradition der dezentralen Leistungserbringung eine Zentralisierung Vorteile bringen würde. In diesem Kontext sei nochmals auf den Beitrag von CLAUDIA SCHOCH zur verstärkten Einflussnahme des Bundes auf das Gesundheitswesen im Rahmen der Vorschriften zur Kranken- und Unfallversicherung hingewiesen (siehe vorne III. A. 2.).

Weiter analysiert ein Gutachten der BUNDESKANZLEI (BUNDESKANZLEI, Kompetenzen) die Zuständigkeit zur Regelung der Prostitution und weist für diesen Berufszweig („**privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeit**“) die Regelungskompetenz in Übereinstimmung mit Art. 95 Abs. 1 der Bundesverfassung grundsätzlich dem Bund zu. Vorbehalten bleiben aber durch die Ausübung der Prostitution berührte Sachbereiche, wie unter anderem die Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes, in welchen den Kantonen oder den Gemeinden die Kompetenz zukommt.

FELIX BOMMER erinnert daran, dass die Vereinheitlichung nicht nur des materiellen Strafrechts, sondern auch des Strafprozesses bereits vor über hundert Jahren Diskussionsthema war, und hebt hervor, dass sich die geltende **Strafprozessordnung** auf minimale gerichtsorganisatorische Vorschriften beschränkt, so dass kantonale Gestaltungsfreiheiten fortgesetzt und Traditionen gewahrt werden können. Was den **Strafvollzug** anbelangt, ist auf das Gutachten von JÖRG KÜNZLI et al. zu verweisen, das sich unter anderem auch mit der Kompetenz- und Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich der Regelung der Hochsicherheitshaft auseinandersetzt.

FELIX UHLMANN bemängelt in seinem Beitrag, dass der Bund in Bezug auf die neue Regelung des Unterhaltsrechts seine umfassende Kompetenz im **Zivilrecht** und hinsichtlich der Regelung der **Schuld-**

betreibung dahingehend nicht ausgeschöpft hat, als dass der unterhaltsberechtigte Elternteil nicht im Existenzminimum geschützt ist, sondern gegebenenfalls Sozialhilfe in Anspruch nehmen muss. DAVID WALDMEIER beschäftigt sich mit einem Aspekt des Verfahrens der Schuldbetreibung und des Konkurses und entwirft eine mögliche Ausgestaltung von Insolvenzverfahren für Gliedstaaten im föderalistischen Staat unter Berücksichtigung des verfassungsrechtlichen Rahmens. LAURENT BIERI geht der Frage nach, ob die Kantone angesichts der Zivilrechtskompetenz des Bundes zur gesetzlichen Einführung eines Mindestlohnes kompetent sind, und stellt fest, dass diese Frage vom Bundesgericht offen gelassen wurde. Drei Jahre nach Inkrafttreten der neuen **Zivilprozessordnung** evaluieren schliesslich ISAAK MEIER und SARAH SCHEIWILLER in ihrem Bericht die kantonal unterschiedlich ausgestaltete Organisation der Schlichtungsbehörden.

Mit der historisch bedingt kantonalen Regelung des Verhältnisses von **Staat und Religionsgemeinschaften** befasst sich DANIEL KOSCH. Er analysiert dabei in Anbetracht der Herausforderungen in diesem Bereich unter anderem den Gesetzgebungsbedarf auf Bundes- und Kantonebene.

Mit der ebenfalls historisch gewachsenen, dezentralen Struktur der schweizerischen **Energieversorgung** beschäftigt sich SIMONE WALTHER. Die Autorin plädiert im Hinblick auf ein stärker wettbewerbsorientiertes System für vermehrt hierarchische Strukturen mit zentral und hoheitlich gefällten Entscheidungen.

Die Rolle des Bundes im Bereich der **Kultur** ist Thema des bereits angesprochen Artikels von MARC TRIBELHORN im Rahmen der Themenreihe Föderalismus der Neuen Zürcher Zeitung (siehe vorne III. A. 2.). Ausgangspunkt der Diskussion bildet dabei die neue Kulturbotschaft des Bundes, welche Ansätze einer nationalen Kulturpolitik aufgreift und den Bund stärker koordinierend in das Kulturschaffen als den traditionell und identitätsstiftenden Zuständigkeitsbereich der Kantone eingreifen lassen will. Der tendenziell positiven Reaktion der Kulturschaffenden selbst steht dabei die skeptische Haltung der Kantone und Gemeinden gegenüber, die insbesondere Zweifel anmelden, ob in der mehrsprachigen und föderalistisch organisierten Schweiz von einer nationalen Kulturpolitik gesprochen werden kann, und die das Tätigwerden des Bundes höchstens als ergänzende Massnahme begrüssen würden.

E. Kooperativer Föderalismus

URS BOLZ und BEAT BLASER thematisieren in ihrem Beitrag die dynamische Entwicklung der Finanzhaushaltsgesetzgebung in den Kantonen und beleuchten dabei unter anderem die Rolle des harmonisierten Rechnungslegungsmodells HRM bzw. HRM2.

Ein Beitrag von CLÉO BONADEI befasst sich mit dem Verfahren der Überweisung von Insassen von Justizvollzugsanstalten als Teil der kantonalen Vollzugskompetenz; sie begrüsst dabei die Klärung des Prozederes durch die koordinativen Massnahmen eines geplanten gesamtschweizerischen Kompetenzzentrums im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs.

Eine rechtliche Beurteilung von Armeeeinsätzen zur Unterstützung kantonalen Polizeieinheiten nehmen JÜRIG M. TIEFENTHAL und RONNY FISCHER (TIEFENTHAL/FISCHER, Armeeeinsätze) vor. Als Fazit halten sie dabei fest, dass diese Einsätze der Armee die kantonale Polizeihöheit auszuhöhlen drohen und unter anderem aufgrund der unterschiedlichen Rechtswege zur Beanstandung von Massnahmen der genannten Akteure kritisch zu beurteilen sind.

Die uns vorliegenden Zwischenergebnisse des Projektes von DANIEL KÜBLER und CÉLINE WIDMER zum Einfluss der Agglomerationspolitik des Bundes auf den Schweizerischen Föderalismus machen sichtbar, dass diese zwar die horizontale und vertikale Kooperation in Metropolitanregionen gefördert hat, die starke Rolle der Kantone jedoch unangetastet blieb. Folglich kommt die Studie zum vorläufigen Schluss, dass durch die verfolgte Agglomerationspolitik vorderhand keine nennenswerte Stärkung der Agglomerationen im Gefüge der föderalen Ebenen erfolgte.

F. Mitwirkungs föderalismus

SEAN MÜLLER befasst sich mit der Mitwirkung subnationaler Ebenen bei der Gestaltung der Politik der jeweils übergeordneten föderalen Ebenen. Der Schwerpunkt seiner Auseinandersetzung mit dem Thema bildet dabei die komplexe und facettenreiche Dynamik der informellen Einflussnahme, wie unter anderem durch die Einbringung der Interessen durch Lobbyismus, und deren Zusammenspiel mit den institutionellen Mitwirkungsmöglichkeiten subnationaler Ebenen.

Speziell mit der frühen Phase des vorparlamentarischen Gesetzgebungsprozesses auf Bundesebene, insbesondere auch mit der Ausarbeitung des Vernehmlassungsentwurfs, beschäftigt sich SIMONE LEDERMANN. Anhand des Beispiels der Erarbeitung des Sprachengesetzes zeigt sie u.a. auf, wie in dieser Phase Bund und Kantone Kompetenzkonflikten im Zusammenhang mit der jeweiligen Vorlage im Rahmen von paritätisch zusammengesetzten Arbeitsgruppen begegnen können.

Ebenfalls mit der Einflussnahme von interessierten Akteuren auf den politischen Entscheidungsprozess in der vorparlamentarischen Phase setzt sich PASCAL SCIARINI auseinander, jedoch unter dem Aspekt des Bedeutungsverlusts dieser Phase im Vergleich zum politischen Diskurs im Parlament. Er betont dabei, dass auf diese Weise Regierungsparteien im Gegensatz zu anderen Interessensvertretern und Interessensvertreterinnen gestärkt würden und sich die Schweiz so vom Idealtypus einer Konsensdemokratie wegbewege.

Mit dem institutionellen Aspekt der Einflussnahme subnationaler Ebenen auf die Politikgestaltung in der zweiten Parlamentskammer befasst sich ANDREAS LADNER. Er untersucht in seinem Beitrag die politische Ausrichtung der Mitglieder des Ständerats, vergleicht sie mit derjenigen der Mitglieder des Nationalrats und widerlegt dabei für die Schweiz die verbreitete Annahme, dass das Majorzwahlsystem des Ständerats die Wahl von Kandidierenden mit moderaten politischen Positionen begünstigt.

BABETTE BRUNNER schliesslich befasst sich im Rahmen ihrer Dissertation auch mit der Rolle der Kantone beim Abschluss von Staatsverträgen sowie bei Referenden über aussenpolitische Entscheide des Bundes.

G. Finanzieller Föderalismus

In Anbetracht des bevorstehenden Endes der zweiten Periode des neuen interkantonalen Finanzausgleichs und der parlamentarischen Beratungen zu dessen Ausgestaltung in der kommenden Periode zieht GEBHARD KIRCHGÄSSNER (KIRCHGÄSSNER, NZZ) ein Fazit, stellt Überlegungen zu Grundsätzen des Finanzausgleichs an und diskutiert einen allfälligen Änderungsbedarf.

In weiteren Beiträgen äussert sich GEBHARD KIRCHGÄSSNER zum Thema der Schuldenbremse in der Schweiz, vergleicht das System mit der Handhabung der Schuldenkontrolle in Deutschland – wobei er

insbesondere auf das Problem der im Vergleich zu den Schweizer Kantonen fehlenden Steuerautonomie der Bundesländer hinweist – und betont die Bedeutung der demokratischen Legitimation finanzieller Einschränkungen (KIRCHGÄSSNER, Schuldenbremse; ders., Bundesländer).

Die geplante Unternehmenssteuerreform steht im Zentrum der Analysen von MARIUS BRÜLHART und KURT SCHMIDHEINY sowie von XAVIER OBERSON (OBERSON, Unternehmenssteuerreform). Während sich Erstere in ihrem Beitrag mit der vorgesehenen Änderung der Besteuerung von Unternehmensgewinnen und der daraus folgenden Auswirkung auf die Besteuerung von Unternehmen generell befassen, äussert sich XAVIER OBERSON unter anderem zur Auswirkung der geplanten Reform auf die Ausgleichsmassnahmen zugunsten der Kantone und betont insbesondere die allenfalls notwendige Anpassung der Ressourcenausgleiche.

MARIUS BRÜLHART und RAPHAËL PARCHET veröffentlichen eine Studie zum Einfluss der kantonalen Erbschaftssteuersätze auf die Mobilität der vermögenden Rentnerinnen und Rentner. Die Resultate deuten darauf hin, dass diese Personengruppe eine wenig ausgeprägte Mobilitätsreaktion auf eine Änderung des Erbschaftssteuersatzes zeigt. Sie relativieren somit das in den Steuerreformdiskussionen vorgebrachte Argument des Wettbewerbs in diesem Punkt.

CARMEN BACHMANN et al. befassen sich mit der zustandegekommenen Volksinitiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV“, welche im Rahmen der geforderten Mitfinanzierung der AHV durch Erbschafts- und Schenkungssteuern insbesondere die Verlagerung der Kompetenz zur Erhebung dieser Steuern von den Kantonen auf den Bund vorsieht. Die Autorenschaft hält dabei als Resultat ihrer Analysen fest, dass durch die geforderte einheitliche Gestaltung der Besteuerung – insbesondere der Übernahme der Schenkungssteuer durch den Schenkenden – dem Schenkenden kein steuerlicher Vorteil erwächst.

Zum Thema Steuersätze äussern sich auch EVA LUTHI und KURT SCHMIDHEINY und verifizieren anhand von Daten von Schweizer Gemeinden die Theorie, dass zentrale Regionen mit hoher Wirtschaftsaktivität höhere Steuersätze festlegen können, ohne dass ein Verlust an Steuersubstrat infolge einer Abwanderung von Unternehmen zu befürchten ist. Sie untersuchen dabei die Zusammenhänge zwischen der Wirtschaftsaktivität, den Steuersätzen und der Grösse der jeweiligen Gemeinden.

Abgerundet werden die Beiträge zum finanziellen Föderalismus durch einen Festschriftbeitrag von ANDREAS THIER, welcher die geschichtliche Entwicklung des heute geltenden interkantonalen Doppelbesteuerungsverbots nachzeichnet.

H. Kompetitiver Föderalismus und Rechtsvergleichung

NICOLAS SCHMITT (SCHMITT, Initiatives) befasst sich mit dem direktdemokratischen Instrument der Volksinitiative in den Kantonen. Er untersucht deren Einsatz in den letzten fünf Jahren empirisch und unterzieht die Variationen rechtlicher Ausgestaltung einem Vergleich. Neben der Ermittlung der durchschnittlichen Anzahl angenommener kantonaler Initiativen und deren thematischer Ausrichtung vergleicht der Autor das jeweils festgeschriebene Quorum zur Lancierung einer Initiative.

Im Rahmen des von RETO STEINER et al. herausgegebenen Werks befassen sich mehrere Beiträge mit Reformbestrebungen der Kantone und Gemeinden im Bereich der Leistungserbringung und der institutionellen Ausgestaltung. Nicht zuletzt übt dafür auch der föderalistische Standortwettbewerb eine

Anreizfunktion aus, wobei eine nicht auf Innovationen ausgerichtete Modernisierung der Institutionen und Prozesse längerfristig erhebliche Nachteile zur Folge hat.

Die den inner- und interkantonalen Wettbewerb fördernde Transparenz und Vergleichbarkeit medizinischer Leistungen im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung steht im Fokus des Artikels von TOMAS POLEDNA und KERSTIN NOËLLE VOKINGER.

LUCA CRIVELLI und PAOLA SALARI (CRIVELLI/SALARI, Inequity) greifen in ihrem Artikel die Frage der Finanzierung des Gesundheitssystems in den Kantonen auf und analysieren dabei den Aspekt des Verhältnisses der durch die Einwohnerinnen und Einwohner zu tragenden Kosten zu deren jeweiligen Einkommen. Sie betonen dabei die erheblichen kantonalen Unterschiede.

Schliesslich soll auch hier auf den Beitrag von PETER GRÜNENFELDER (siehe vorne III. A. 2.) verwiesen werden, der in seinem Votum im Rahmen der Föderalismus-Reihe der Neuen Zürcher Zeitung auf die belebende Wettbewerbswirkung des Föderalismus hinweist und unter diesem Aspekt der Tendenz zur allumfassenden „Gleichmacherei“ kritisch gegenübersteht.

I. Föderalismus und Aussenpolitik

THOMAS COTTIER et al. (COTTIER et al., Rechtsbeziehungen) betrachten im Zusammenhang mit der Analyse der Rechtsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union unter anderem die Auswirkung der zunehmenden Verflechtung des nationalen und internationalen Rechts auf die Kantone bzw. deren Rolle im Integrationsprozess im Allgemeinen. Auch THOMAS PFISTERER beschäftigt sich mit der Frage der Rolle der Kantone in der Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Union und untersucht dabei insbesondere das Verhältnis der Kantone zum Bund als Partner in der Zusammenarbeit mit der EU.

Im von SAMANTHA BESSON und EVA MARIA BELSER herausgegebenen Tagungsband stellen die beteiligten Autorinnen und Autoren verschiedene Aspekte der Rolle der Kantone im System der Europäischen Menschenrechtskonvention dar und gehen darüber hinaus auf den Beitrag der EMRK zum europäischen – und damit auch Schweizerischen – Föderalismus ein. Thematisiert wird unter anderem die Entwicklung des bundes- und schliesslich europaweiten Grundrechtsschutzes aus den unteren föderalen Ebenen (BELSER, in: BESSON SAMANTHA/BELSER EVA MARIA [Hrsg.], *La Convention européenne des droits de l'homme et les cantons/Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Kantone*, S. 67 ff.), die Bedeutung der EMRK in der Rechtsprechung kantonalen Gerichte (ARNOLD MARTI, a.a.O., S. 95 ff.) sowie die Rolle der Kantone beim Vollzug von Entscheiden des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (FRÉDÉRIC SCHEIDEGGER, a.a.O., S. 185 ff.).

In ihrer Studie zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Schweiz analysieren GIOVANNI BIAGGINI und JULIA HAAS die zugrundeliegenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen auf Bundes- und Kantonebene und zeigen auf, dass die Kantone trotz weitreichender Bundeskompetenz in auswärtigen Angelegenheiten bei der grenznachbarlichen Zusammenarbeit über erhebliche Spielräume verfügen.

Ferner befasst sich ANDREAS GLASER (GLASER, Grundrechtseinschränkungen) mit dem Zusammenspiel des kantonalen, bundesstaatlichen und internationalen Rechts im Zusammenhang mit direktdemokratisch legitimierten Grundrechtseinschränkungen auf Kantons- bzw. Bundesebene. Während sich der verstärkte Schutz der Grundrechte durch Verankerung in der übergeordneten Rechtsquelle im

innerstaatlichen Verhältnis mit der entsprechenden bundesgerichtlichen Überprüfungsmöglichkeit bewährt hat, so beurteilt der Autor den Einfluss des internationalen Rechts bei demokratisch legitimierte Grundrechtseingriffen auf Bundesebene als weniger eindeutig. Dies insbesondere aufgrund des fehlenden Einvernehmens in der Beziehung zu dem als Kontrollinstanz eingesetzten Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Abschliessend ist in diesem Kontext auf den Beitrag von THOMAS COTTIER et al. (COTTIER et al., Climate Change) hinzuweisen, welcher sich unter dem Stichwort Multi-level Governance mit Massnahmen gegen den Klimawandel befasst.

IV. Verzeichnis Publikationen und Projekte

Publikationen

ALTERMATT BERNHARD, Le principe de la «territorialité différenciée» ou les «territoires-trait d'union» comme facteurs de cohésion dans les Etats fédéraux plurilingues. Regards croisés sur les régions bilingues en Suisse, en Belgique et au Canada, in: Sabine Haupt (Hrsg.), Tertium Datur ! Formen und Facetten interkultureller Hybridität. Formes et facettes d'hybridité interculturelle, Wien/Zürich/Berlin 2014, S. 113 ff. (zit. ALTERMATT, Kohäsion).

ALTERMATT BERNHARD, Mehrsprachige Schweiz: Die schulische Sprachenpolitik auf dem Prüfstand, in: Unser Rheintal 2015, Jahrbuch für das Rheintal-Werdenberg, Rüthi 2014, S. 169 ff. (zit. ALTERMATT, Sprachenpolitik).

ALTERMATT BERNHARD, Organisationsmodelle, Unterrichtssprache und Minderheitenschutz im Schulwesen mehrsprachiger Bundesstaaten. Die Schulische Sprachenpolitik der Schweiz und Belgiens im Vergleich, in: STATUS – Magazine for political culture and society (17) 2014, S. 44 ff. (zit. ALTERMATT, Organisationsmodelle).

AMBÜHL HANS (im Interview), „Die Kantone sind handlungsfähig“, NZZ vom 22. Oktober 2014, S. 9.

AMREIN MARCEL, Der Pulverdampf verhüllt die echten Gefahren, NZZ vom 8. Oktober 2014, S. 9.

ARQUINT ROMEDI, Organisationsform und kulturelle Autonomie der autochthonen Sprachgemeinschaften und Volksgruppen in Europa – Fallbeispiel Rätromanen, in: Thürer Daniel/Arquint Romedi (Hrsg.), Repräsentativität und kulturelle Autonomie – Aktuelle Probleme der autochthonen Völker und der nationalen Minderheiten, Zürich 2014, S. 103 ff.

ASCHWANDEN ERICH, Stolzer Kanton Obwalden – arme Region Entlebuch, NZZ vom 12. November 2014, S. 13.

AUER ANDREAS/BÜHLMANN LUKAS/CHRIST BERNHARD/FREY RENÉ L./GRIFFEL ALAIN/KÜBLER DANIEL/MUGGLI RUDOLF/SCHULER MARTIN/WALDMANN BERNHARD, Fünf Thesen zu Raumplanung und Zersiedelung, Zürich 2014.

AUER ANDREAS, Absurde Idee „Romanenstaat“, NZZ vom 8. August 2014, S.17.

BACHMANN CARMEN/BAUMANN MARTIN/SCHULER CAROLIN, Steuern sparen durch Übernahme der Schenkungssteuer? Ein Steuersparmodell der Schweizer Kantone im Vergleich, in: ASA (83) 2014, S. 117 ff.

BALTHASAR ANDREAS/MÜLLER FRANZISKA, Evidenzbasierte und gendersensitive kantonale Steuer- und Sozialtransferpolitik: Erfahrungen und Folgerungen, in: LeGes (25) 2014, S. 215 ff.

BESSON SAMANTHA/BELSER EVA MARIA (Hrsg.), La Convention européenne des droits de l'homme et les cantons/Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Kantone – Journée BENEFRI de droit européen de l'institut de droit européen/BENEFRI-Tagung im Europarecht des Institutes für Europarecht, Zürich 2014.

- BIAGGINI GIOVANNI/HAAAS JULIA, Verfassungsrechtliche Grundlagen der Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Schweiz, in: Tschudi Hans Martin/Schindler Benjamin/Ruch Alexander/Jakob Erich/Friesecke Manuel (Hrsg.), Die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Schweiz – Juristisches Handbuch zur Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Bund und Kantonen, 1.A., Zürich/St.Gallen 2014, S. 139 ff.
- BIERI LAURENT, Le salaire minimum neuchâtelois, in: Jusletter 11. August 2014.
- BIERI PETER/DIETRICH MATTHIAS, Ein Vier-Punkte-Plan für den Regionalverkehr, NZZ vom 12. Dezember 2014, S. 22.
- BLANKART CHARLES B./MUELLER DENNIS C., Wer soll die Bürger im Staat repräsentieren?, in: ifo Schnelldienst (67) 2014, S. 31 ff.
- BOCHSLER DANIEL, Drei Gründe für eine grosse Territorialreform, NZZ vom 30. Oktober 2014, S. 23.
- BOLZ URS/BLASER BEAT, Entwicklung im Finanzhaushaltsrecht der Kantone, in: LeGes (25) 2014, S. 175 ff.
- BOMMER FELIX, Zur Vereinheitlichung der Behördenorganisation in der Schweizerischen Strafprozessordnung, in: ZBJV (150) 2014, S. 231 ff.
- BONADEI CLÉO, Du transfert pénitentiaire, in: Jusletter 6. Oktober 2014.
- BRÜLHART MARIUS/PARCHET RAPHAËL, Alleged tax competition: The mysterious death of bequest taxes in Switzerland, in: Journal of Public Economics 111/2014, S. 63 ff.
- BRÜLHART MARIUS/SCHMIDHEINY KURT, Müssen die Unternehmenssteuern generell gesenkt werden?, in: Die Volkswirtschaft (87) 11/2014, S. 21 ff.
- BRUNNER BABETTE, Das Staatsvertragsreferendum: Ein Volksrecht im Wandel, Dissertation Universität Zürich, Zürich 2014.
- BÜCHI CHRISTOPHE, Kantonsfusionen: Ein Requiem für eine fixe Idee, NZZ vom 5. November 2014, S. 13.
- BUNDESKANZLEI, Bundesverfassung, Auslandschweizer, Stimmberechtigte und Ständeratswahlen, in: VPB 2014, S. 1 ff. (zit. BUNDESKANZLEI, Auslandschweizer).
- BUNDESKANZLEI, Exercice de la prostitution: Aspects contractuels, nécessité d'harmoniser les règles, mesures envisageables et compétence de réglementation, in: VPB 2014, S. 136 ff. (zit. BUNDESKANZLEI, Kompetenzen).
- BURRI THOMAS, Der Romanenstaat, NZZ vom 6. August 2014, S. 17.
- CAPPELLETTI FABIO/DACOROGNA BASILE, Quand la famille se déchire: analyse des sections divergentes cantonales lors des votations populaires 2003-2011, in: Swiss Political Science Review (20/1) 2014, S. 96 ff.

- CORAY RENATA, Sprachplanung in Romanischbünden – Einführung und Verbreitung der neuen überregionalen Schriftsprache Rumantsch Grischun, in: Thürer Daniel/Arquint Romedi (Hrsg.), Repräsentativität und kulturelle Autonomie – Aktuelle Probleme der autochthonen Völker und der nationalen Minderheiten, Zürich 2014, S. 73 ff.
- COTTIER THOMAS/DIEBOLD NICOLAS/KÖLLIKER ISABEL/LIECHTI-MCKEE RACHEL/OESCH MATTHIAS/PAPOSOVA TETYANA/WÜGER DANIEL, Die Rechtsbeziehungen der Schweiz und der Europäischen Union, 1. A., Bern 2014 (zit. COTTIER et al., Rechtsbeziehungen).
- COTTIER THOMAS/AERNI PHILIPP/KARAPINAR BARIS/MATTEOTTI SOFYA/DE SEPIBUS JOËLLE/SHINGAL ANIRUDH, The Principle of Common Concern and Climate Change, NCCR Trade Working Paper No 2014/18 (zit. COTTIER et al., Climate Change).
- CRIVELLI LUCA/SALARI PAOLA, The Impact of Federalism on the Healthcare System in Terms of Efficiency, Equity and Cost Containment: The Case of Switzerland, in: Lavaggi Rosella/Montefiori Marcello (Hrsg.), Health Care Provision and Patient Mobility, Health Integration in the European Union, Mailand 2014, S. 155 ff. (zit. CRIVELLI/SALARI, Impact of Federalism).
- CRIVELLI LUCA/SALARI PAOLA, The inequity of the Swiss health care system financing from a federal state perspective, in: International Journal for Equity in Health (13:17) 2014 (zit. CRIVELLI/SALARI, Inequity).
- DANESI MARCO, Les raisons du Röstigraben de l'aide sociale, Le Temps vom 14. Oktober 2014, S. 7.
- DENTERS BAS/GOLDSMITH MICHAEL/LADNER ANDREAS/MOURITZEN POUL ERIK/ROSE LAWRENCE E., Size and Local Democracy, Cheltenham/Northampton 2014.
- EHRENZELLER BERNHARD/SCHINDLER BENJAMIN/SCHWEIZER RAINER J./VALLENDER KLAUS A. (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung: St. Galler Kommentar, 3. A., Zürich/St. Gallen 2014.
- EHRENZELLER BERNHARD, Der Bildungsföderalismus auf dem Prüfstand, in: Veröffentlichung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (VVDStRL), Band 73, Zukunftsgestaltung durch Öffentliches Recht, Berlin 2014, S. 7 ff. (zit. EHRENZELLER, Bildungsföderalismus).
- EHRENZELLER BERNHARD, Gutachten zur Frage der Gültigkeit der kantonalen Volksinitiative „Nur eine Fremdsprache in der Primarschule“, St. Gallen 2014 (zit. EHRENZELLER, Gutachten).
- EPINEY ASTRID/KERN MARKUS, Zur Stellung ausländischer und privater Institutionen des Hochschulbereichs unter dem Hochschulförderungs- und –koordinationsgesetz/Sur le statut des institutions étrangères et privées du domaine des hautes écoles sous le régime de la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles, Zürich 2014.
- FISCHER RONNY/TIEFENTHAL JÜRIG M., Die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben im Grenzraum, in: Jusletter 20. Oktober 2014 (zit. FISCHER/TIEFENTHAL, Grenzraum).
- FREIBURGHANUS DIETER, Föderalismus, Vielfalt und Glück, in: Schweizer Monat in Kooperation mit Avenir Suisse, Sonderthema Gelebter Föderalismus, S. 12 ff.
- GERNY DANIEL, Die Chancen eines vereinten Basel, NZZ vom 3. September 2014, S. 11.

-
- GLASER ANDREAS, Die Beilegung des Jurakonflikts – Ein Modell für direktdemokratische Sezession in Europa?, in: ZBl (115) 2014, S. 463 ff. (zit. GLASER, Sezession).
- GLASER ANDREAS, Direktdemokratisch legitimierte Grundrechtseinschränkungen – Kantonales, bundesstaatliches und internationales Recht im Zusammenspiel, in: AJP (23) 2014, S. 60 ff. (zit. GLASER, Grundrechtseinschränkungen).
- GROHSMANN IRENE/HAUSAMMANN CHRISTINA/VINOGRADOVA OLGA, Institutionelle Verankerung von LGBTI-Themen in der Schweiz – Umsetzung von Empfehlungen CM/Rec(2010)5 des Ministerkomitees des Europarates, Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte, Bern 2014.
- GRÜNENFELDER PETER, Föderalismus im Lackmustest, NZZ vom 4. November 2014, S. 21.
- HÄMMERLI MARION/RUTZ SAMUEL, Welches ist der freieste Kanton im Land?, in: Schweizer Monat in Kooperation mit Avenir Suisse, Sonderthema Gelebter Föderalismus, S. 6 ff.
- HÄNNI PETER, Föderalismus – eine moderne Staatsorganisation, NZZ vom 15. Oktober 2014, S. 17.
- HÄNNI PETER/ISELI TAMARA, Territoriale Veränderungen im Bundesstaat: Das Beispiel des Kantons Jura, in: Jahrbuch des Föderalismus 2014, Band 15, Baden-Baden 2014, S. 344 ff.
- JÜRGENSEN NADINE, Wie weiter mit dem Justizvollzug?, NZZ vom 17. Oktober 2014, S.11.
- KIRCHGÄSSNER GEBHARD, Die Schuldenbremse der Bundesländer: eine Fehlkonstruktion?, in: Wirtschaftsdienst (94) 2014, S. 721 ff. (zit. KIRCHGÄSSNER, Bundesländer).
- KIRCHGÄSSNER GEBHARD, Nun jammern sie wieder, NZZ vom 1. Oktober 2014 (nur online publiziert, zit. KIRCHGÄSSNER, NZZ).
- KIRCHGÄSSNER GEBHARD, On the Political Economy of Public Deficits and Debt, in: German Economic Review (15) 2014, S. 116 ff. (zit. KIRCHGÄSSNER, Schuldenbremse).
- KNOEPFEL PETER/PAPADOPOULOS YANNIS/SCIARINI PASCAL/VATTER ADRIAN/HÄUSERMANN SILJA (Hrsg.), Handbuch der Schweizer Politik/Manuel de la politique suisse, 5. A., Zürich 2014.
- KOSCH DANIEL, Zukunftsperspektiven für das Religionsrecht in der Schweiz, in: Jusletter 7. Juli 2014.
- KÜNZLI JÖRG/FREI NULA/SPRING ALEXANDER, Einzelhaft in Hochsicherheitsabteilungen – Menschenrechtliche Standards und ihre Umsetzung in der Schweiz, Gutachten zuhanden des Lenkungsausschusses EDA/EJPD, Bern 2014.
- LADNER ANDREAS, The Impact of the Electoral system on the Political Campaigning: Are Candidates for the Council of States More Moderate than their Fellow Candidates for the National Council?, in: Swiss Political Science Review (20) 2014, S. 678 ff.
- LEDERMANN SIMONE, Evidenz und Expertise im vorparlamentarischen Gesetzgebungsprozess: Die Rolle von Verwaltung und externen Experten, in: Swiss Political Science Review (20) 2014, S. 453 ff.
- LEIMGRUBER WALTER, Phantomschmerz der Globalisierung, NZZ vom 17. November 2014, S. 15.

-
- LORETAN ADRIAN, Pluralismus – eine Herausforderung für den Rechtsstaat und die Religionsgemeinschaften, in: Jusletter 7. Juli 2014.
- LUTHI EVA/SCHMIDHEINY KURT, The effect of agglomeration size on local taxes, in: Journal of Economic Geography (14) 2014, S. 265 ff.
- MAHAIM RAPHAËL, Le principe de durabilité et l'aménagement du territoire, Le mitage du territoire à l'épreuve du droit : utilisation mesurée du sol, urbanisation et dimensionnement des zones à bâtir, Dissertation Universität Freiburg, Zürich 2014.
- MAUDET PIERRE (im Interview), „Eine grundlegende Reform der territorialen Struktur muss sein“, NZZ vom 5. November 2014, S. 13.
- MEIER ISAAK/SCHEIWILLER SARAH, Erfolg des Schlichtungs- und Urteilsvorschlagsverfahrens nach neuer ZPO, in: ZSR (133/I) 2014, S. 155 ff.
- MÉRILLAT LORANNE, Accomodation of Diversity in Unity through Federalism. A Comparison of the Spanish State of Autonomies and the Swiss Federal State, Bern 2014.
- MILIC THOMAS, Gekommen um zu bleiben – der Amtsinhaberbonus bei kantonalen Exekutivwahlen, in: Swiss Political Science Review (20) 2014, S. 427 ff.
- MÖSCHING FABIAN, Fiskalische Massnahmen zur Beschränkung von Zweitwohnungen, in: Jusletter 1. Dezember 2014.
- MUGGLI RUDOLF, Ist der Föderalismus an der Zersiedelung schuld ? Pilotstudie und Thesen, Zürich 2014.
- MÜLLER SEAN, Shared Rule in Federal Political Systems: Conceptual Lessons from Subnational Switzerland, in: Publius (44) 2014, S. 82 ff.
- NUSPLIGER KURT/MÄDER JANA, Der Dialog zwischen Regierung und Parlament. Zum Verhältnis der staatsleitenden Organe in den Kantonen, in: ZBl (115) 2014, S. 523 ff.
- OBERSON XAVIER (im Interview), „C'est l'impôt qui pose le plus de problèmes“, Le Temps vom 30. September 2014, S.7 (zit. OBERSON, Interview).
- OBERSON XAVIER, Erste Überlegungen zum Entwurf für die Unternehmenssteuerreform III, in: Die Volkswirtschaft (87) 11/2014, S. 4 ff. (zit. OBERSON, Unternehmenssteuerreform).
- OPEL ANDREA/SCHALTEGGER CHRISTOPH, Vom Tabu einer Bundeserbschaftssteuer – oder warum der status quo mit kantonalen Steuerkompetenz überzeugt, in: ASA (82) 2013-2014, S. 177 ff.
- PFISTERER THOMAS, Die Kantone mit dem Bund in der EU-Zusammenarbeit – Art. 54 Abs. 3, 55 und 56 BV und deren Anwendung auf die bilateralen Verträge, 1. A., Zürich/St.Gallen 2014.
- POLEDNA TOMAS/VOKINGER KERSTIN NOËLLE, Spitalsubventionen und neue Spitalfinanzierung, in: Jusletter 18. August 2014.

- PREVITALI ADRIANO, Nur eine Fremdsprache in der Primarschule? Ein Rechtsgutachten, in: ZGRG 2014, S. 93 ff.
- ROSSINI STÉPHANE, Gouvernance des planifications hospitalières : la quadrature du cercle, in : Revue médicale suisse (10) 2014, S. 455 ff.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH/WINISTÖRFER MARC, Die schleichende Zentralisierung im Bundesstaat, NZZ vom 14. November 2014, S. 21 (zit. SCHALTEGGER/WINISTÖRFER, NZZ).
- SCHALTEGGER CHRISTOPH/WINISTÖRFER MARC, Föderalismus und Subsidiarität, in: Wirtschaftspolitische Blätter (61) 1/2014, S. 67 ff. (zit. SCHALTEGGER/WINISTÖRFER, Subsidiarität).
- SCHMITT NICOLAS, Le pluralisme linguistique en Suisse: au-delà des idées reçues, in: Simard Jean-François/Ouedraogo Abdoul Echraf (éd.), Une francophonie en quête de sens – Retour sur le premier Forum mondial de la langue française, Laval 2014 (zit. SCHMITT, Pluralisme).
- SCHMITT NICOLAS, Les initiative populaires cantonales – tendances récentes 2009-2013, in : LeGes (25) 2014, S. 247 ff. (zit. SCHMITT, Initiatives).
- SCHNEEBERGER PAUL, Die Grundidee des Föderalismus bleibt auf der Strecke, NZZ vom 11. Juli 2014, S. 17 (zit. SCHNEEBERGER, Grundidee).
- SCHNEEBERGER PAUL, Helvetischer Föderalismus darf nicht zur Hohlform werden, NZZ vom 29. November 2014, S. 25 (zit. SCHNEEBERGER, Hohlform).
- SCHNEEBERGER PAUL, Neue Töne aus den Bergen, NZZ vom 30. September 2014, S. 21.
- SCHOCH CLAUDIA, Wie der Zentralismus im Gesundheitswesen wächst, NZZ vom 26. November 2014, S. 13.
- SCIARINI PASCAL, Eppure si muove: the changing nature of the Swiss consensus democracy, in: Journal of European Public Policy (21) 2014, S. 116 ff.
- SENTI MARTIN, Wie sich die Kantone selber entmachten, NZZ vom 18. November 2014, S.11.
- STEINER RETO/LADNER ANDREAS/ REIST PASCAL (Hrsg.), Reformen in Kantonen und Gemeinden, 1.A., Bern 2014.
- STOJANOVIC NENAD, Das Stimmvolk soll den Sprachenstreit klären, NZZ vom 26. September 2014, S. 21.
- STREBEL MICHAEL, La diversité des formes d'accords intercantonaux considérée comme une cause du manque d'unification au niveau de la participation des parlements cantonaux, in: Parlement, Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (17) 3/2014, S. 37 ff.
- THIER ANDREAS, Traditionselemente des Finanzföderalismus in der Schweiz: Zur Geschichte des interkantonalen Doppelbesteuerungsverbots, in: Uttinger Laurence/Rentzsch Daniel P./Luzi Conradin (Hrsg.), Dogmatik und Praxis im Steuerrecht: Festschrift für Markus Reich, Zürich 2014, S. 3 ff.

TIEFENTHAL JÜRIG M. / FISCHER RONNY, Rechtliche Zulässigkeit gemeinsamer Polizeikontrollen von Militärischer Sicherheit und Kantonspolizeien, in: Sicherheit & Recht 2014, S. 114 ff. (zit. TIEFENTHAL/FISCHER, Armeeeinsätze).

TRIEBELHORN MARC, Die Angst vor einem eidgenössischen Kulturvogt, NZZ vom 29. Oktober 2014, S.11.

UHLMANN FELIX, Der Bundesgesetzgeber zwischen Bundesgericht und Kantonen, in: Jusletter 7. April 2014.

VATTER ADRIAN, Das politische System der Schweiz, 1.A., Baden-Baden 2014 (zit. VATTER, Politisches System).

VATTER ADRIAN, Zur Notwendigkeit einer Föderalismusreform, NZZ vom 25. November 2014, S. 21 (zit. VATTER, NZZ).

VONLANTHEN BEAT (im Interview), „Kantonparlamente akzeptieren keine Konkordate mehr“, NZZ vom 10. Oktober 2014, S. 13.

WALDMANN BERNHARD, Beschränkte Bundeskompetenz beim Fremdsprachenunterricht, NZZ vom 26. November 2014, S. 21.

WALDMEIER DAVID, Gedanken zu einer Insolvenzordnung für Kantone, Bern 2014.

WALTHER SIMONE, Kooperative Steuerungsinstrumente im schweizerischen Stromversorgungsrecht, St. Gallen 2014.

WEBER QUIRIN, Schutz und Integration der religiösen Minderheiten – Stärke des schweizerischen Staatsgedankens, in: AJP (23) 2014, S. 1077 ff.

WINZELER CHRISTOPH, Elemente und Perspektiven des schweizerischen Religionsverfassungsrechts, in: Jusletter 7. Juli 2014.

WÜRTH BENEDIKT, Dauerbaustelle Föderalismus, NZZ vom 21. Oktober 2014, S. 21.

Projekte

BULETTI NORA/UTZ STEPHAN/EJDERYAN OLIVIER/GRAEFE OLIVIER/LANE STUART/REYNARD EMMANUEL, Definition und Umsetzung der partizipativen Prozesse im Wasserbau in der Schweiz, Resultate einer Umfrage bei den kantonalen Verantwortlichen für den Wasserbau (Projekt ESPPACE: Evaluation und Begleitung der partizipativen Prozesse im Wasserbau), Projekt der Universitäten Freiburg und Lausanne im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt, Projektdauer 2013-2016.

GRAEFE OLIVIER, Morality and the development of national parks: Social and political negotiations in Abel Tasman National Park (New Zealand) and in Park Adula (Switzerland), Projekt der Universität Freiburg in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich, Projektdauer 2014-2017.

KLAASSEN JAN-AARON, Jagdsysteme der Schweiz im Wandel, Projekt der Universität Zürich.

KÜBLER DANIEL/MARCINKOWSKI FRANK, Political behaviour and attitudes in times of new regionalism and mediatisation, Projekt der Universität Zürich, Projektdauer 2013-2017.

KÜBLER DANIEL/WIDMER CÉLINE, The Impact of Federal Agglomeration Policy on Swiss Federalism: Governance Change in Swiss Metropolitan Areas (Zwischenergebnis 2012), Projekt der Universität Zürich, Projektdauer 2010-2014.

SHELKER MARK/BENESCH CHRISTINE/SCHMID LUKAS, Online Information und Wahlen: Der Einfluss von Smartvote auf die kantonalen Wahlergebnisse, Projekt der Universitäten Freiburg und St. Gallen.

SHELKER MARK/LÜCHINGER SIMON, Der Einfluss politischer Institutionen auf die Regulierungs- und Finanzpolitik. Eine Panel Analyse der Schweizer Kantone von 1908-2013, Projekt der Universitäten Freiburg und Luzern.

SHELKER MARK/SCHMID LUKAS, Kantonale Wahlen und politische Selektion, Projekt der Universitäten Freiburg und St. Gallen.

VAN DER HEIDEN NICO, Partizipation in der Raumplanung, Projekt der Universität Zürich, Projektdauer 2009-2015.

WEICHLIN SIEGFRIED/STOICHITA VICTOR/HAAAS ELISABETH, Politische Ikonografie des Föderalismus in der Schweiz und in Deutschland im langen 19. Jahrhundert (Arbeitstitel), Projekt der Universität Freiburg, Projektdauer 2012-2016 (betreut durch Prof. Weichlein und Prof. Stoichita).